

# Caritas

Nah. Am Nächsten

# SOZIALPOLITISCHE FORDERUNGEN

# 2023



---

## Chancen nutzen, Offensiven starten gegen Personalmangel und Wohnungsnot, mehr Integration in den Arbeitsmarkt wagen, Bildung für alle von Anfang an und soziale Gerechtigkeit sicherstellen

### Soziale Arbeit in der Dauerkrise

Soziale Arbeit befindet sich derzeit im Modus dauerhafter Krisenbewältigung und ist mit wachsenden internen und externen Problemen konfrontiert. Die Diagnosen lauten: Fachkräftemangel, schlechte Ausbildungs- und Nachwuchssituation, mangelnde Finanzierung. Politisch heißen die Krisenphänomene: Hohe Inflation, Wohnungsnot, kritische demografische Entwicklung, Kriege, steigende Flüchtlingszahlen, Klimawandel und nach wie vor die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Damit Soziale Arbeit Probleme und Krisen präventiv und reaktiv lösen kann, muss sie angemessen ausgestattet sein, finanziell wie personell. Dies ist gegenwärtig alles andere als gewährleistet. Diese Unwucht kann den sozialen Frieden gefährden.

### Botschaft 1:

#### Soziale Arbeit angemessen und dynamisch finanzieren

Hohe Inflationsraten mit explodierenden Lebensmittel-, Sach- und Energiekosten stellen die sozialen Träger in allen Bereichen der Sozialen Arbeit vor große Herausforderungen. Die Abfederung der Kosten durch geplante Entlastungspakete des Bundes und Landes bezieht sich bisher vorwiegend auf Einzelpersonen und Wirtschaftsbetriebe. Gemeinnützige Einrichtungen können die rapid steigenden Kosten nicht kompensieren und bleiben auf den Verlusten sitzen. Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung von Bund, Land, Bezirk und Kommunen ist **die soziale Infrastruktur massiv gefährdet**. Angebote müssen eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden. Das trifft die Schwächsten der Gesellschaft in besonderem Maße. Das trifft aber auch die Mitte der Gesellschaft: Wenn die Kita schließt und die ambulante Pflege nicht kommt, können Eltern und Angehörige nicht mehr arbeiten, weil sie die Versorgung ihrer Kinder oder pflegebedürftigen Eltern übernehmen müssen. Dann stehen nicht nur die Räder der Sozialwirtschaft still, dann steht auch die Wirtschaft still.

Wir brauchen eine Änderung im politischen Mindset. Wirtschaftliche Prosperität funktioniert nicht ohne soziale Fürsorge, nicht ohne Chancen auf Bildung oder Versorgung und Begleitung Bedürftiger. Umgekehrt hat Sozialwirtschaft nicht nur einen sozialstaatlichen Auftrag zu erfüllen, sondern ist in ihrer Wirkung eine veritable wirtschaftliche Größe. Wirtschaft und Sozialwirtschaft greifen ineinander. Über Sozialpolitik mache ich als Politiker oder Politikerin Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Daher ist es äußerst unklug, ökonomische und ökologisch nachhaltige Aspekte gegen soziale Aspekte gegeneinander ausspielen zu wollen. Eine Unsitte, von der wir wegkommen müssen. Sparen am Sozialen schadet der Wirtschaft.

### Daher fordern wir:

- Zeitnahe und bedarfsorientierte finanzielle Anpassungen sowie eine auskömmliche Regelfinanzierung bis hin zur Vollkostenfinanzierung statt unsichere und sich stets verlängernde Projektfinanzierung
- Soziale Einrichtungen müssen als Teil der systemrelevanten sozialen Infrastruktur bei politischen Maßnahmen berücksichtigt werden, damit sie weiter bestehen können und ihren öffentlichen Auftrag zuverlässig erfüllen können.
- Im Falle akuter finanzieller Notlagen aufgrund inflationsbedingt steigender Kosten müssen die zuständigen Kostenträger einspringen.
- Anhaltend hohe Kosten müssen in längerfristige Finanzierungspläne einfließen.
- Hierfür muss sich der Freistaat Bayern beim Bund für unbürokratische Hilfen für freie Träger stark machen sowie selbst tätig werden und auch die Kommunen bei der Sicherung der sozialen Infrastruktur unterstützen.
- inflationsbedingt höhere Steuereinnahmen sozial und gerecht verteilen für die Belange der Bevölkerung

---

## **Botschaft 2:**

### **Personalnot und Fachkräftemangel mit Ausbildungs-offensiven, mehr Wertschätzung und besseren Arbeitsbedingungen begegnen**

Der Personal-Notstand bedroht alle sozialen Dienstleistungen und betrifft in der Metropolregion München alle Berufe in sozialen Einrichtungen: Ob Erzieher oder Haustechnikerin, Pflegefachkraft oder Informatikerin, Jugendsozialarbeiter, Alltagshelfer oder Küchenhilfe -- der Arbeitsmarkt ist leerräumt. Dabei sind Berufe im sozialen Bereich attraktiv, denn sie sind zukunftssicher, abwechslungsreich, verantwortungsvoll und sinnstiftend. Angesichts der demografischen Entwicklung, hoher Bedarfe nach sozialen Einrichtungen, Plätzen und Dienstleistungen in der boomenden Region sowie teurer Lebenshaltung in München und Oberbayern ist der Mangel an Fach- und Arbeitskräften wenig überraschend. Zudem steht die Verrentung der sog. Baby-Boomer an, die als Arbeitskräfte ersetzt werden müssen. Wenn wir politisch nicht gegensteuern, wird es in Zukunft immer häufiger heißen:

#### **Wegen Personalmangel geschlossen!**

### **Arbeitskräftemangel in der Kindertagesbetreuung**

Verschärft wird die Personalnot in den Kitas durch den Ausbau der Schulkindbetreuung. Außerdem steigt die Anzahl der Kita-Kinder durch die aus der Ukraine geflüchteten Familien. Aber wegen des Personalmangels müssen Öffnungszeiten gekürzt, Gruppen geschlossen werden, müssen Kita-Leitungen in den Gruppen oder in der Küche aushelfen, statt ihre Führungsaufgaben zu erledigen. Der gesetzliche Mindestanstellungsschlüssel von 1:11 ist zu gering, um durchgängig gute Qualität zu sichern. Denn er enthält neben der unmittelbaren Arbeit am Kind auch alle Formen mittelbarer Tätigkeit, inklusive Leitungszeit, Ausfall und Urlaub.

Zu einem großen Teil resultiert der Arbeitskräftemangel aus fehlenden Ausbildungskapazitäten. Nicht alle Interessierten, die in Kitas oder Heilpädagogischen Tagesstätten lernen und arbeiten möchten, kommen zum Zug. Neue Fachakademien allerdings werden erst ab der zweiten Abschlussklasse refinanziert und staatlich anerkannt.

### **Daher fordern wir:**

- eine Ausbildungs-Offensive und eine bessere Finanzierung von privaten Schulträgern
- mindestens so viele Plätze an Fachakademien für Sozialpädagogik, Fachschulen für Pflege, Kinderpflege und Heilerziehungspflege wie es Bewerber/-innen gibt
- den Abbau bürokratischer und finanzieller Hürden zum Aufbau von Fachakademien für Sozialpädagogik
- die Refinanzierung aller Kosten für Ausbildung in Einrichtungen
- den Ausbau von Studienplätzen für Bachelor-Pädagogik der frühen Kindheit und Sozialpädagogik
- die Anpassung der Anerkennung von Fachpersonal an den Bolognaprozess

Um Ressourcen zu nutzen und Personal zu binden, fordern wir

- eine Aktualisierung des 20 Jahre alten und nicht inklusive ausgerichteten BayKiBiG mit dem Leitgedanken als Maxime: Der Bedarf der Kinder bestimmt die Personalressourcen, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (KJSG)
- eine im Gesetz verankerte Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse
- eine schnelle und unbürokratische Prüfung und Anerkennung ausländischer Qualifikationen analog zum Pflegebereich
- einen Anstellungsschlüssel von 1:9
- die Aufwertung von Leitungstätigkeit mit mehr Gehalt und Zeit, gesetzlich verankert

---

## **Bedeutung frühkindlicher Bildung erkennen: Kinder sind unsere Zukunft!**

Die Bedeutung von Kindertagesbetreuung wird unterschätzt, sie erhält wenig Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Anders als Schulen werden Kitas nicht als Bildungseinrichtungen wahrgenommen. Doch genau hier werden die Weichen für Bildungsgerechtigkeit gestellt. In der Kita machen Kinder die Erfahrung, wie sie selbst Probleme lösen und sich Wissen aneignen können. Eltern werden beraten, wie sie ihre Kinder in unserem Bildungssystem begleiten und unterstützen können. Dadurch dass sich alle Kinder eines Sprengels in der Kita begegnen, können die Kinder hier Wissen, Verständnis und Empathie für die Verschiedenheit ihrer Familien und Spielkameraden erwerben, die Leistung für die Einheit der Gesellschaft durch die Kita ist enorm. Damit Kinder von der Kita profitieren können, müssen sie durch geschultes Personal begleitet werden. Die Professionalität des Arbeitsfeldes Kita ist genauso wichtig wie die in der Medizin.

Wir fordern, dass bei relevanten Gesetzgebungs- und anderen politischen Maßnahmen die Bedeutung frühkindlicher Bildung berücksichtigt wird, insbesondere folgende Leitsätze:

- **Kita ist nicht nur Betreuung, sondern Bildung und Erziehung.**  
Die Kinder, die in die Kitas gehen, sind die Gesellschaft von Morgen. Bildungsangebote, die bestmögliche Chancengleichheit und Chancennutzung ermöglichen, sind notwendig.
- **Eine Fachkraft benötigt Professionalität**  
Bildung und Erziehung von Kindern setzt Know-How voraus. Wissen um kindliche Entwicklungsprozesse, neuronale Entwicklung und Bildungsprozesse sind neben der professionellen Grundhaltung notwendig, um frühkindlicher Bildung gerecht zu werden.
- **Ohne Kita können Eltern nicht arbeiten, steht die Wirtschaft still**  
Die Infrastruktur der Kindertagesbetreuung ist systemrelevant. Sie ist Voraussetzung für den reibungslosen Arbeitsprozess aller anderen Bereiche des Arbeitslebens.

## **Zuspitzung der Personal- und Wirtschaftslage in der Kinder- und Jugendhilfe**

Besonders die **Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe** haben Schwierigkeiten, ausreichend Fachkräfte zu finden. Das führt dazu, dass Kinder und Jugendliche nicht mehr aufgenommen werden können und Gruppen trotz hohen Bedarfs geschlossen werden müssen. Mit dramatischen Folgen für die jungen Menschen und deren Familien. Der Versorgungsauftrag, den die öffentliche Jugendhilfe sicherstellen muss, kann nicht mehr erfüllt werden. Die Gewährung einer Hilfe, deren Ziel die **Sicherung des Kindeswohls** ist, und auf die ein Rechtsanspruch besteht, **ist nicht mehr möglich**, weil nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Jugendämter auch aus anderen Regionen fragen zunehmend verzweifelt nach, ob ein Kind oder ein Jugendlicher in unseren Einrichtungen aufgenommen werden kann.

Platzreduktion und Gruppenschließung bringen die Einrichtungen in wirtschaftliche Schieflagen, gefährden ihre Existenz. Betriebsschließungen könnten die Folge sein. In dieser sich selbst verstärkenden Spirale stehen immer weniger Plätze zur Verfügung. **Es droht der Kollaps des Kinder- und Jugendhilfe-Systems.**

Hohe Qualitätsstandards und das Fachkraftgebot müssen weiter gelten, es braucht aber mehr Flexibilität und neue Wege. Die Träger der freien Jugendhilfe fordern dringend kurz- wie langfristiges Gegensteuern und schlagen gemeinsam mit der öffentlichen Jugendhilfe folgende Maßnahmen vor:

- Ausbau der Ausbildungskapazitäten
- Erweiterung der Fachkraftliste und Anpassung an geänderte Ausbildungsabschlüsse
- Spielräume zur Beschäftigung von Mitarbeitenden mit anderen beruflichen Qualifikationen
- Entwicklung von Nachqualifikationen zur Erreichung der Fachkraft-Anerkennung
- Regelungen zum Einsatz von Nicht-Fachkräften
- Anrechnung/Refinanzierung von Mitarbeitenden während Ausbildung, dualem Studium u. ä.

---

## Alarmierender Arbeitskräftemangel in allen Pflege-Angeboten

Die Pflege in der stationären und ambulanten Alten- und Behindertenhilfe steht mit dem Rücken zur Wand: Schlechte Finanzierungsbedingungen, mangelnde Wertschätzung und verbesserungswürdige Arbeitsbedingungen, fehlender Nachwuchs, zunehmende Verrentung von Fachkräften (Baby-Boomer), immer mehr pflegebedürftige Personen führen zu einem eklatanten Personalmangel in der Pflege. Dabei findet sich schon heute für jede 4. Stelle keine Fachkraft. (Quelle: Caritaspanel der DGS)

Die zunehmende Diskrepanz zwischen rasant steigendem Bedarf an Pflegeplätzen und gleichzeitig dramatischem Rückgang an Pflegekräften kann mittelfristig zum Kollaps des Pflegesystems führen. Bereits heute ist die Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege eingeschränkt. Wegen des Personalmangels sind Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste gezwungen, Leistungen zu reduzieren oder gar einzustellen. Die im April vom Bundestag beschlossene Pflegereform bringt leider nicht den erhofften und notwendigen Verbesserungsschub für die Pflege.

Die Corona-Pandemie mit einer dauerhaft hohen Arbeitsbelastung hat die Situation in der ambulanten und stationären Pflege verschärft. Die Folgen sind Berufsflucht, Krankheitsausfälle und Burnouts, die kaum mehr kompensiert werden können. Dem verbleibenden Personal droht Coolout (Gleichgültigkeit), der die Qualität der Pflege beeinträchtigen könnte.

Darüber hinaus führen sinkende Zahlen an Pflegeplätzen, Belegungsstopps und weniger ambulante Angebote zu einer wachsenden Überforderung pflegender Angehöriger mit entsprechenden Auswirkungen in den Familiensystemen.

Gegen diese bedrohliche Abwärtsspirale, die ambulante und stationäre Angebote gleichermaßen trifft, fordern wir auch auf der politischen Landesebene grundsätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere:

- Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Pflegefachabschlüsse
- Sicherung eines bedarfsgerechten Personalschlüssels in Pflege und Betreuung (entsprechend der Ergebnisse aus dem Projekt nach Rothgang et. al. (2020) zum PeBeM (Maßstab Personalbemessung)
- Abgleich und ggf. Anpassung der Pflegefachhelfer-Ausbildungsinhalte an das Qualifikationsniveau (QN) 3
- Weiterführende Förderungen bzw. Anschlussfinanzierung von erfolgreichen Projekten (z. B. Springermodelle, Versorgungskonzepte im Rahmen der Einführung des PeBeM).
- Anpassung des Personalbedarfs für Hauswirtschaft, Verwaltung und Haustechnik im vollstationären Setting
- Mehr Wertschätzung für die Pflegeberufe

---

### Botschaft 3:

#### Armut bekämpfen durch mehr bezahlbaren Wohnraum und bedarfsorientierte Sozialtransfers

Münchens Mieten sind so hoch wie nie zuvor. Durchschnittlich 18 Euro ist in Deutschlands kostspieligster Großstadt pro Quadratmeter fällig (Quelle: Statista). Ein trauriger Rekord. Auch in Oberbayern steigen Mieten und Bodenpreise kontinuierlich an. Ein Trend, der zum Problem wird und die Mitte der Gesellschaft längst erreicht hat: Familien, alte, kranke, gehandicapte, einkommensschwache Menschen oder Studierende müssen einen immer höher werdenden Anteil des Einkommens, oft weit mehr als die Hälfte, fürs Wohnen ausgeben. Dies betrifft sowohl einen Großteil der Klientel des Caritasverbands quer durch alle Beratungsangebote und Dienste, aber auch einen zunehmend größer werdenden Anteil der Mitarbeitenden. **Mit Blick auf die Mitarbeitenden gefährdet diese Situation auch das Entwicklungspotential von Einrichtungen und Trägern: wenn sich niemand mehr das Wohnen leisten kann, werden sich keine Fachkräfte finden lassen.**

Knapper Wohnraum und steigende Mieten greifen tief in das Leben der Menschen ein. Hohe Wohnkosten führen zu einer räumlichen Trennung von armen und reichen Menschen und begründen die Gefahr von Obdachlosigkeit. Allein in München leben 9.000 Menschen auf der Straße, darunter 1.600 Kinder und Jugendliche. **Wohnungsnot ist zu einer sozialen Wirklichkeit geworden, die gesellschaftliches Konfliktpotenzial birgt.** Knapper bezahlbarer Wohnraum befördert soziale Schieflagen, verhindert Integration und Inklusion, raubt Lebensperspektiven. Menschen mit geringen Einkommen oder Bezieher von Bürgergeld brauchen reelle bedarfsorientierte und regional angepasste Transferleistungen, also eine substanzielle Anhebung der finanziellen Unterstützung.

Auch vielen Babyboomern droht im Alter Wohnungsnot. Millionen Menschen der nun in Rente gehenden Generation werden bald barrierefreie Wohnungen brauchen (Studie des Pestel-Instituts). Die sind aber Mangelware. Deutschlandweit fehlen 2,2 Millionen. Gerade mal 600.000 Rentnerhaushalte leben heute in altersgerechten, für Rollator und Rollstuhl geeigneten Wohnungen ohne Treppen und mit stufenfreiem Zugang zur Dusche.

#### Wir fordern:

- mehr bezahlbaren Wohnraum für Durchschnittsverdiener, Rentner/-innen, Menschen im Sozialleistungsbezug und Menschen mit besonderen Bedarfen
- mehr Sozialwohnungen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau, Wohnungen für Mitarbeitende
- eine starke staatliche Förderung für den barrierefreien und altersgerechten Um- und Neubau von Wohnungen und Häusern.
- das Unterbinden von Bodenspekulation

Auf Landesebene wurde ein sog. Wohnbau-Booster angekündigt u. a. mit der Weiterentwicklung bayerischer Wohnraumförderprogramme, der verbilligten Abgabe von Wohnbaugrundstücken im Erbbaurecht, der Aufstockung des Kapitals der BayernHeim sowie mehr Spielraum für experimentellen, einfachen Wohnungsbau. **Die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen werden zum Lackmustest für die Glaubwürdigkeit sozialer Wohnungspolitik in Bayern. In den vergangenen Jahren endeten viele Ankündigungen zur Schaffung günstigen Wohnraums in ernüchternder Tatenlosigkeit.**

---

#### **Botschaft 4:**

#### **Heimat schaffen und die Chancen einer gelingenden Integration von Geflüchteten und Migranten/-innen in den Arbeitsmarkt nutzen**

#### **Mehr Bildungsförderung für Kinder von Migranten/-innen, Geflüchteten schnell den Arbeitsmarkt öffnen, Restriktionen und Bürokratie abbauen**

Während in Bayern händeringend nach Fachkräften gesucht wird, ist die Zahl geflüchteter Menschen so hoch wie nie. Gemeinschaftsunterkünfte platzen aus allen Nähten, die Kapazitäten der Migrationsberatung sind erschöpft und können den Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Viele Anliegen bleiben liegen. Hinzu kommt die Überforderung der sozialen Folgeeinrichtungen wie etwa Kitas.

Dennoch: Die Zuwanderung birgt eine Riesenchance für unser Land. Wir brauchen auf der Suche nach Lösungen gegen den Arbeitskräftemangel und für die Integration geflüchteter Menschen und Migranten/-innen politischen Mut und einen Quantensprung.

Zugewanderte Menschen können ihre Ressourcen oftmals nicht einbringen, weil ihnen ein restriktives Asylsystem verbietet, in Deutschland eine hochwertige Ausbildung zu machen oder bereits im Heimatland erworbene Fähigkeiten konstruktiv einzusetzen. Geflüchtete sollten die Chance erhalten, hier als qualifizierte Arbeitskräfte tätig werden zu können. Dies führt nicht nur zu einer positiven Bewertung von Menschen mit Fluchthintergrund. Auch volkswirtschaftlich wäre die Integration Geflüchteter als Arbeitskräfte der Zukunft sinnvoll. Eine Win-

Win-Situation für die Zuflucht Suchenden auf der einen sowie Wirtschaft und (älter werdende) Gesellschaft auf der anderen Seite. Denn um den Arbeitskräftebedarf hierzulande zu decken, reicht es nicht, nur auf die Anwerbung von Facharbeitskräften zu setzen.

Vor allem aber müssen die **Kinder von Geflüchteten zu tragenden Mitgliedern der Gesellschaft werden**. In die Bildung dieser Kinder zu investieren, bietet nur Vorteile: Sie werden hier sozialisiert, lernen bereits im Kindesalter die Sprache und durchlaufen den in Deutschland etablierten Bildungsweg.

#### **Daher fordern wir:**

- deutlich höhere Investitionen in die Bildung von Geflüchteten und deren Kinder
- mehr Bleibeperspektiven, die auch über Integrationsleistungen erlangt werden können
- sofortigen Zugang zu Sprachkursen
- sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt. Gerade diese Maßnahme könnte schnell zur Win-Win-Lösung werden für Geflüchtete und Gastland.
- eine grundlegende Bereitschaft von der Politik und allen gesellschaftlichen Kräften, Menschen in Deutschland aufzunehmen und ihnen die Chance für Teilhabe zu eröffnen.
- sprachliche Abrüstung und eine herzliche Willkommenskultur. Eine Rhetorik, die der Abschreckung dient, schreckt auch potenzielle Fachkräfte ab, und sie fördert Ausgrenzung.

---

## **Botschaft 5:**

### **Keine Sparmodelle bei Inklusion und Teilhabe Klienten der Eingliederungshilfe durch neue Gesetze nicht schlechter stellen\***

Jeder Mensch steht für uns zuerst als Mensch im Mittelpunkt des Geschehens. Das ist unsere christliche Überzeugung und das ist Verfassungsauftrag: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, fordern die Verfassungsväter und -mütter. Eine inklusive Gesellschaft also? Sie besagt, dass nicht der Einzelne sich an bestehende Strukturen anpassen muss, sondern dass die Strukturen so gestaltet werden müssen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft ihr Recht auf Chancengleichheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen können. Eine simple Zielsetzung, die ohne größeren Regelungswahn erreicht werden sollte. Der eine Mensch braucht allgemeine Einrichtungen und Dienste, der andere spezialisierte.

2028 soll die inklusive Gesellschaft zumindest im Kinder- und Jugendhilfereich umgesetzt sein. Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) gibt es allerdings viele Probleme und Herausforderungen: Etwa den Zugang zur Eingliederungshilfe (EGH) für Menschen mit psychischen Behinderungen, die Förderung nach qualifizierten Assistenzleistungen, die Schulung von Fachkräften im Bereich der Ermittlung des Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderungen sowie Klarheit bei den Beschreibungen der Rahmenleistungen (BiBay), um nur einige zu nennen.

Wir fordern, dass die Landespolitik ihren Einfluss geltend macht, um sicherzustellen, dass die bisherigen Ansprüche auf Eingliederungshilfe erhalten bleiben und die fachlichen Standards bei den Leistungen eingehalten werden. Es muss darauf geachtet werden, dass bei der Umsetzung des SGB IX

und SGB VIII die Ansprüche auf Eingliederungshilfe der bisher leistungsberechtigten jungen Menschen nicht beeinträchtigt werden. Leistungsgewährung muss am Bedarf der Kinder- und Jugendlichen ansetzen. Reformen bei der inklusiven Ausrichtung von Angeboten sowie der Einführung von Verfahrenslotsen dürfen weder zu einem Sparmodell mutieren noch zu einer Schlechterstellung der jungen Menschen mit Behinderung und deren Eltern führen. Auch der Tendenz von Kostenträgern, möglichst viele Leistungen als „einfache“ Assistenz von deutlich geringer qualifiziertem Personal erbringen zu lassen, muss entgegengewirkt werden.

Auch die niederschweligen Angebote in der Eingliederungshilfe wie Sozialpsychiatrische Dienste, Sucht-Beratungsstellen, Dienste der offenen Behindertenarbeit oder Tages- und Begegnungsstätten müssen aufrechterhalten und gestärkt werden, obwohl die Dienste aktuell von finanziellen Defiziten bedroht sind. Insbesondere die Sachkostenpauschalen müssen wegen inflationsbedingt steigender Miet- und Energiepreise dringend und zeitnah angepasst werden.

Kritikwürdig ist leider auch das neue Bayerische Gesetz zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PflWoqG). Es orientiert sich vorrangig an den Bedarfen von alten und pflegebedürftigen Menschen und wird den Bedarfen von Menschen mit Behinderungen an vielen Stellen nicht gerecht. So ist Teilhabe kein Prüfkriterium. Bauliche und personelle Vorgaben mögen passgenau für Altenheime sein, mit Einrichtungen der Behindertenhilfe matchen sie nicht und verursachen unnötige Mehrkosten. Ein bayerisches „Wohnqualitätsgesetz“ für die Eingliederungshilfe sollte sich auch an Teilhabe und Selbstbestimmung der Menschen mit Eingliederungshilfebedarf orientieren.

---

\*Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und das Sozialgesetzbuch Aches Buch (SGB VIII) sind Gesetze in Deutschland, die sich mit der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und benachteiligten Kindern und Jugendlichen befassen.

Das BTHG hat zum Ziel, die Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Es regelt unter anderem den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe und die Möglichkeiten der Assistenz und Wohnformen.

Das SGB VIII regelt die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Es zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu unterstützen und zu fördern sowie ihre Erziehungsberechtigten zu beraten und zu unterstützen. Das Gesetz enthält auch Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren und zur Förderung von Familien.



**Caritasverband der  
Erzdiözese München und Freising e. V.**

Hirtenstraße 2–4

80335 München

Telefon: +49 89 5 51 69-0

Telefax: +49 89 5 51 69-577

E-Mail: [info@caritasmuenchen.org](mailto:info@caritasmuenchen.org)



→ Weitere Informationen unter  
[www.caritas-nah-am-naechsten.de](http://www.caritas-nah-am-naechsten.de)  
Folgen Sie uns auch auf Social Media:  
[@caritasmuc](#)

